

# Minister einigen sich auf EU-Agrarreform

## Bauern sollen mehr für die Umwelt tun – nur wie, bleibt unter Staaten, EU-Kommission und Parlament umstritten

hmK BRÜSSEL, 20. März. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat steuern auf langwierige Verhandlungen über die Reform der europäischen Agrarpolitik zu. Die Minister der 27 EU-Mitgliedstaaten einigen sich in der Nacht zum Mittwoch zwar nach 36 Stunden Verhandlung auf eine gemeinsame Position. Diese weicht allerdings in zahlreichen Punkten, wie der geplanten Ökologisierung der Agrarförderung, von der Linie des Parlaments ab, das der Reform gleichberechtigt mit dem EU-Ministerrat zustimmen muss. Einige sind sich beide Institutionen aber insofern, als sie Vorschläge von Agrarkommissar Dacian Cioloș zur Ökologisierung abschwächen wollen.

Über einstimmung gibt es zudem darin, dass die Subventionen für die Bauern – trotz des Widerstands aus Deutschland – offengelegt werden sollen. Auch wird die EU mit der Reform keine weiteren Schritte zur stärkeren Ausrichtung der Agrarpolitik am Markt machen. Wie das Europaparlament wollen die Staaten etwa weitere Exportsubventionen für in der EU verkäufliche Agrarprodukte zahlen können, auch wenn diese zunächst auf null gesetzt werden sollen. Zudem sollen die Staaten weiterhin mehr als ein Zehntel der Beihilfen an die Produzenten koppeln können. Deutschland nutzt diese Möglichkeit seit 2012 nicht. Die Bundesregierung wollte sie schrittweise in der EU abschaffen.

Immerhin habe der Ministerrat eine Rolle rückwärts vermiiden, sagte Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) am Mittwoch in Brüssel. Einige Staaten hätten die Bauern noch stärker als bisher vor Preisschwankungen schützen wollen. Agrarkommissar Cioloș sagte, das Ziel



Im März: Es grünt auf dem Acker – und bald noch mehr.

Foto: dpa

bleibe, die Landwirtschaft in Europa grünener und gerechter zu machen. Der Rumäne hatte die EU-Agrarpolitik mit seinem Vorschlag, Hilfen für die Bauern an ökologische Ziele zu knüpfen, auf eine neue Leistungsgrundsatzlage stellen wollen. Für die Agrarhilfen sind im Finanzrahmen 2014 bis 2020 nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs beinahe 40 Prozent des 960-Milliarden-Euro-Gesamtbudgets vorgesehen.

Cioloș wollte die Hilfen nur noch auszahlen, wenn die Bauern unter anderem 7 Prozent ihrer Flächen für ökologisch wertvolle Pflanzen wie Hecken reservieren

und sich weitgehend von Monokulturen verabschieden. Der EU-Ministerrat will nun zunächst nur 5 Prozent der Anbauflächen zu ökologischen Vorrangflächen erklären, auf denen zudem eingeschränkt noch Ackerbau betrieben werden darf. Er geht damit aber immer noch weiter als das Parlament, das zunächst 3 Prozent und erst später 5 Prozent vorsieht.

Nach dem Willen des Ministerrats soll es viele Ausnahmen geben. In Deutschland müsste sich dann wohl nichts ändern. Weder das Parlament noch der Ministerrat wollen die Hilfen wie Cioloș komplett streichen, wenn ein Bauer die

Vorgaben ignoriert. Das Parlament sieht eine Kürzung um 30 Prozent vor, der Ministerrat um 37,5 Prozent. Wie das Parlament will auch der Ministerrat die unterschiedliche Höhe der Subventionen in verschiedenen Mitgliedstaaten verringern, geht dabei aber etwas weiter. Bisher erhalten etwa die Landwirte in Lettland 95 Euro je Hektar, während Niederländer 458 Euro bekommen. In Deutschland sind es 319 Euro. Von 2019 an soll nun nach dem Willen der EU-Staaten kein Bauer weniger als 196 Euro erhalten. Alle Landwirte, die klar unter dem EU-Durchschnitt liegen, sollen Ausgleichszahlungen erhalten. Die Bauern in anderen Mitgliedsländern sollen auf einen Teil der Beihilfen verzichten. Deutsche Bauern verlieren 3,3 Prozent.

Vom Tisch dürfte der Vorschlag von Cioloș sein, die Hilfen für Großbetriebe von 150 000 Euro an schrittweise zu kappen. Das Parlament dringt zwar noch darauf. Die Staats- und Regierungschefs hatten aber schon zuvor beschlossen, dass die Kappung freiwillig sein soll. Betroffen davon wären neben Deutschland etwa Großbritannien und Bulgarien gewesen.

Die Zuckerquote soll nach dem Kompromiss der Staaten 2017 fallen, die Milchquote 2015. Das Parlament will die Zuckerquote hingegen erst 2020 abschaffen. Die Milchproduktion soll auch nach 2015 noch gesteuert werden können, wenn der Preis zu stark fällt. Die irische EU-Ratspräsidentschaft will die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament nach Ostern beginnen. Ziel sei es, bis Ende Juni einen Kompromiss zu erzielen, teilte die Präsidentschaft mit. Die Reform wird ohnehin erst von 2015 an gelten.